

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 17. Januar 2019

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/Wapler

Personalsituation Jugendamt

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie viele Stellen im Jugendamt sind nicht besetzt (untergliedert nach einzelnen Bereichen wie Regionale Soziale Dienste, Erziehungsberatungsstelle, Elterngeldstelle, Unterhaltsvorschusskasse etc.), inwieweit führen etwaig nicht besetzte Stellen zu Bearbeitungsengpässen?
2. In wie vielen Fällen haben im Jahr 2017 Mitarbeiter*innen des Jugendamtes nicht an familiengerichtlichen Anhörungsterminen teilgenommen, obwohl sie geladen wurden, in wie vielen Fällen wurde die persönliche Anwesenheit im Gerichtstermin durch eine schriftliche Stellungnahme ersetzt?
3. Wie hoch liegt die durchschnittliche Fallzahl pro Fachkraft bei den Regionalen Diensten des Jugendamtes?

Antrag der Fraktionen SPD/ Bündnis 90/Die Grünen/Linke

Röder/ Dr. Vandrey/ Wapler/ Schenker/ Juckel

Resolution: Für Lehrkräfte mit Haltung

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Charlottenburg Wilmersdorf solidarisiert sich mit Schulen, die sich gegen die von der AfD betriebene Meldeplattform wenden. Das Portal ist geeignet, Lehrer*innen an den Pranger zu stellen, indem sich dort jede*r anonym eintragen und Lehrkräfte ungeprüft beschuldigen kann.

Die BVV begrüßt das Positionspapier des Kinder- und Jugendparlaments (KJP) Charlottenburg Wilmersdorf vom 3. November 2018 gegen das Beschwerdeportal und die Forderung des KJP: „Wir wollen Lehrer mit Haltung!“.

Die BVV erklärt sich solidarisch mit der Initiative von Lehrkräften des Heinz-Berggruen-

Gymnasiums, die mit „Elf Bekenntnissen an die AfD“ eine Form der Selbstanzeige vorgenommen haben, der sich bereits zahlreiche Pädagog*innen aus anderen Bezirken angeschlossen haben.

Nach dem Berliner Schulgesetz soll schulische Bildung Schüler*innen befähigen, die eigene Kultur sowie andere Kulturen kennenzulernen und zu verstehen, Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen, zum friedlichen Zusammenleben der Kulturen durch die Entwicklung von interkultureller Kompetenz beizutragen und für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzutreten (§ 3 Abs. 3 Ziffer 3 Schulgesetz Berlin). Diese Zielsetzung des Berliner Schulgesetzes verträgt sich nicht mit Denunziationsportalen.

Die BVV setzt sich für eine offene Diskussionskultur an unseren Schulen ein. Lehrkräfte müssen rassistische und diskriminierende Aussagen als solche benennen dürfen. Die BVV Charlottenburg Wilmersdorf unterstützt Lehrkräfte darin, sich nicht einschüchtern zu lassen und offen gegen das Denunziationsportal zu wehren.

2. Große Anfrage (bitte schriftlich beantworten)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Kältehilfe 2018/2019 in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie viele Einrichtungen im Bezirk bieten Unterkünfte im Rahmen der Kältehilfe an und wie sind diese ausgelastet?
 2. Inwieweit können diese Kältehilfeeinrichtungen Personen mit Rollstuhl, Hund oder anderen besonderen Bedürfnissen unterbringen und gibt es welche nur für Frauen?
 3. Wie bewertet das Bezirksamt die Notwendigkeit der Hilfe über die Kälteperiode hinaus und inwieweit können dauerhaft Unterkünfte (Housing first) angeboten werden?
-

Plastik war gestern

Aktivitäten des Bezirks zur Plastikvermeidung

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird vorgeschlagen:

1. Innerhalb der Verwaltung auf die Verwendung von Plastikverpackungen und nicht recyceltem Plastik weitgehend zu verzichten und die Mitarbeiter*innen entsprechend zu informieren.
2. In Zusammenarbeit mit der Initiative „Alles im Fluss“ Plakate in allen Schulen und Kitas des Bezirks auszuhängen, mit dem für eine Verringerung der Verwendung von Plastik und gegen Plastikmüll geworben wird sowie die Schul- und Kita-Leitungen um entsprechende Aktivitäten zu ersuchen.
3. Über ein Informationsschreiben an die Standverkäufer*innen auf den Wochenmärkte im Bezirk anzuregen, die Verwendung von Plastiktüten zu verzichten.
4. Ein gleiches Schreiben an sämtliche Geschäfte in der Einkaufszeile Wilmersdorfer Straße zu richten.
5. Alle Marktstände und die genannten Geschäfte zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung des Bezirks zur Reduzierung von Plastik einzuladen. Diese Veranstaltung sollte in Zusammenarbeit mit der Initiative „Alles im Fluss“ durchgeführt werden.

Der BVV ist bis zum 31.3. 2019 zu berichten.

Begründung

Die enormen Gefahren von Plastikmüll insbesondere für die Weltmeere sind inzwischen weithin bekannt. 5 bis 12 Millionen Tonnen Plastikmüll werden jährlich auf unserem Planeten in den Ozean vom Festland aus eingetragen. Jede*r Deutsche produziert rund 37 kg Plastikmüll im Jahr, zwischen 2005 und 2015 ist die Menge um 29% gestiegen. Ein nicht unerheblicher Teil davon landet in der Natur, insbesondere in Gewässern. Auf die Lebenswelt in allen Gewässern hat die Plastikflut erhebliche negative Auswirkungen.

Zwar sind die Beiträge, die ein Bezirk zur Eindämmung der Plastikflut leisten kann, bescheiden, sie sollten in ihrem öffentlichen Wirkungspotential jedoch nicht unterschätzt werden.

Sporteinrichtungen auf dem Olympiagelände für alle öffnen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass das Olympiagelände mit seinen vielfältigen Einrichtungen für weitere Vereine und Nutzer*innen geöffnet wird. Außerdem soll das Gelände des Olympiaparks für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der BVV ist bis zum 31.3. 2019 zu berichten.

Begründung

Mit der Diskussion um den Stadionneubau sollte auch das ganze Konzept des Olympiaparks überarbeitet und weiterentwickelt werden. Ziel ist es, den Park für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Außerdem sollten die Einrichtungen auch für weitere Interessent*innen im Rahmen der tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten nutzbar sein.

Falschparken am Heckerdamm unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Seitenräume der Radwege bzw. Bürgersteige am Heckerdamm zwischen Jungfernheideweg und Geißlerpfad sowie zwischen Heinickeweg und Heilmannring so mit Pollern auszustatten, damit das Falschparken auf diesen unterbunden wird und das barrierefreie Queren der Straße weiterhin gewährleistet ist.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2019 zu berichten.

Begründung

Die Fuß- und Radwege am Heckerdamm werden oft von falschgeparkten Fahrzeugen zugestellt. Um das zu verhindern, sollen Poller dies unterbinden. Andernfalls wären hier tägliche Kontrollen des Ordnungsamtes mit dem Abschleppen falsch geparkter Fahrzeuge nötig, um die Wege frei zu halten.